

PRESSEMITTEILUNG

10x mehr Engagement für mehr Existenzgründungen: DFV formuliert Handlungsempfehlungen für Politik

„Deutschland einig Angestelltenland?“ Der Blick auf die erneut zurückgegangenen Existenzgründerzahlen 2012 scheint dies zu bestätigen. Für diese Negativ-Entwicklung ist nicht zuletzt die Politik mitverantwortlich. Der DFV hat daher zehn Forderungen zum Gegensteuern formuliert.

Berlin, 22. Juli 2013 – Existenzgründungen sind wichtig: Sie stärken die mittelständische Wirtschaft, schaffen neue Arbeitsplätze, tragen zum innovativen Fortschritt bei und sorgen dafür, dass der Standort Deutschland attraktiv bleibt. Hier macht das Franchising keine Ausnahme, denn auch die Franchise-Unternehmen und Mitglieder des DFV wachsen mit Existenzgründern. Und trotz der, explizit in der Franchisewirtschaft, positiven Entwicklung im vergangenen Jahr sind die Rahmenbedingungen für den Weg in die Selbstständigkeit für alle Gründungsinteressierten nicht optimal. Dies spiegeln auch die Ergebnisse der seit dem Frühjahr 2013 laufenden DFV-Umfrage zum „Existenzgründungsgeschehen in Deutschland“ wider. Anhand der Umfrageergebnisse sowie genereller Erfahrungswerte hat der DFV daher Forderungen für die Politik formuliert, um das Gründerklima und das Existenzgründungsgeschehen in Deutschland nachhaltig zu verbessern:

1 – Eine langfristige Strategie über eine Legislaturperiode hinaus:

Existenzgründungen sind losgelöst von Wahlprogrammen wichtig. Daher sollte eine überparteiliche Strategie entwickelt werden, die von allen verantwortlichen Institutionen gemeinsam vorangetrieben wird. Ziel dieses „nationalen Aktionsplans“ sollte sein, langfristig und nachhaltig der Gesellschaft die Vorteile und den Nutzen von Existenzgründungen zu vermitteln. Dabei sind Fakten genauso entscheidend wie Erfolgsbeispiele.

2 – Wirtschaftsfreundlichere Politik des Bundesarbeitsministeriums:

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales fühlt sich qua Amt den Arbeitnehmern verpflichtet. Das ist gut und richtig – führt allerdings dazu,

dass der Arbeitsmarkt überwiegend von dieser einen Seite betrachtet wird. Ohne Arbeitgeber und Existenzgründer gäbe es allerdings keinen Arbeitsmarkt. Nur die beiden Gruppen zusammen ergeben eine funktionierende Einheit. Das Ministerium sollte daher neben einer arbeitnehmerfreundlichen auch eine wirtschaftsfreundlichere Politik betreiben. Entwicklungen wie die geplante Vorsorgepflicht für Selbstständige im Sommer 2012 oder die Änderungen beim Gründerzuschuss sprechen hier noch eine andere Sprache.

3 – Mehr Transparenz und Nachhaltigkeit durch Bürokratieabbau:

Beim Thema Bürokratie gilt generell: weniger ist mehr. Bei Unternehmensgründungen sollten die Ideen der Gründer im Vordergrund stehen und nicht die Amtswege. Daher muss eine Existenzgründung leicht(er) gemacht werden: Der verwaltungstechnische Aufwand gehört mit wenigen und nachvollziehbaren Formularen auf das Nötigste reduziert. Mehr Transparenz ist das Ergebnis, die zusätzlich motivationsfördernd wirkt (s. DFV-Umfrageergebnis I).

4 – „One-Stop-Shop“ – Eine Einrichtung für alle Formalitäten:

Klare Strukturen und eindeutige Ansprechpartner erhöhen die Transparenz auf dem Weg in die Selbstständigkeit. Die Industrie- und Handelskammern kümmern sich tagtäglich um Existenzgründer. Sie kennen die regionalen Strukturen und bieten als Service-Dienstleister eine optimale Unterstützung. Sie sollten als „One-Stop-Shop“ die zentrale und alleinige Anlaufstelle für Existenzgründer sein.

5 – Existenzgründern eine emotionale Lobby schaffen:

Die Gründerkultur in Deutschland mit seinen Existenzgründern benötigt eine emotionale Lobby: Zahlen, Daten und Fakten sind wichtig zur Vermittlung der volkswirtschaftlichen Vorteile von Existenzgründungen. Sie erreichen den Kopf – aber nicht immer das Herz. Daher ist es wichtig, die jeweilige Person hinter dem Existenzgründer in den Vordergrund zu stellen und als gesellschaftliches Vorbild wahrzunehmen. Auf diese Weise erhalten Existenzgründer gerade aus dem eigenen sozialen Umfeld eine stärkere ideelle und geistig-mentale Unterstützung auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit. Eine Voraussetzung, die für den Aufbau eines Unternehmens

mindestens genauso wichtig ist wie die Geschäftsidee (s. DFV-Umfrageergebnis II).

6 – Existenzgründer aus dem Ausland gewinnen:

Deutschland profitiert bereits von qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland. Ihnen hat die Politik einen leichteren Zugang auf dem deutschen Arbeitsmarkt ermöglicht. Diese Förderung brauchen wir auch für Gründungsinteressierte aus dem Ausland. Wichtig sollten Engagement, Durchsetzungsvermögen, Idealismus und Unternehmergeist sein und nicht die Nationalität. Eine gezielte Ansprache und Unterstützung dieser Zielgruppe sollte daher vorangetrieben werden, um den zentralen Gedanken von Europa von „Gemeinschaft“ vor der eigenen Haustür zu (er)leben.

7 – Mehr Akzeptanz für eine „2. Chance für Existenzgründer“:

Wer mit einer Geschäftsidee gescheitert ist, muss sich oftmals zusätzlich mit Vorurteilen seitens der Gesellschaft aber auch von Banken und Behörden auseinandersetzen. Dabei sind die Gründe für ein Scheitern vielfältig und die Verantwortung liegt nicht allein beim Unternehmensgründer.

Der Umgang mit Fehlern und dem Scheitern muss daher überdacht werden: Existenzgründer, die einen zweiten Anlauf planen, da ihnen der Erfolg beim ersten Versuch verwehrt blieb, haben aufgrund ihrer Erfahrungen und ungebrochenen Motivation sowie ihres Tatendrangs von der Gesellschaft und den verantwortlichen Institutionen eine zweite Chance und die damit verbundene vorbehaltlose Unterstützung verdient.

8 – Universelle Datenbank mit allen Förderprogrammen:

Existenzgründer benötigen gute Geschäftsideen und finanzielle Mittel. Letztere sind nicht zuletzt aus einer Vielzahl von Förderprogrammen zu beziehen, die von verschiedenen Einrichtungen auf unterschiedlichsten Plattformen vorgestellt werden. Um die Transparenz und Informationsqualität zu erhöhen, sollte eine zentrale Stelle eingerichtet werden, die über alle Möglichkeiten von Bund, Ländern, Kommunen und anderen Einrichtungen, umfassend und nachvollziehbar informiert (s. DFV-Umfrageergebnis III).

9 – Effiziente Nutzung der bestehenden Fördermöglichkeiten:

Der DFV fordert keine Aufstockung der finanziellen Fördermittel. Viel wichtiger ist eine effiziente (Aus-)Nutzung der bestehenden Fördermittel. Die aktuelle Vergabepolitik, beispielsweise beim Gründerzuschuss, spricht immer noch zu oft gegen eine effektive und effiziente Förderung von Gründungsinteressierten (s. DFV-Umfrageergebnis IV).

10 – Fördernde Kompetenzcenter in den Arbeitsagenturen einrichten:

Die Arbeitsagenturen bieten zwar Existenzgründungsberatungen an, ihre Leistung wird allerdings von einer überwiegenden Mehrheit als negativ betrachtet (s. DFV-Umfrageergebnis V). Gründungsinteressenten aus der Arbeitslosigkeit benötigen eine eigene Lobby – und zwar dort, wo sie betreut werden: in den Arbeitsagenturen. Daher sollten fördernde und vor allem unabhängige Kompetenzcentern in den Arbeitsagenturen eingerichtet werden.

Der **Deutsche Franchise-Verband e.V.** vertritt die Interessen der deutschen Franchisewirtschaft im nationalen und internationalen wirtschaftspolitischen Umfeld. 2012 erwirtschafteten rund 1.000 Franchisegeber, gemeinsam mit mehr als 72.700 Franchisenehmern und um die 546.200 Mitarbeiter etwa 61,2 Milliarden Euro Umsatz.

Ansprechpartner:

Deutscher Franchise-Verband e.V.
Christoph Kolbe
Luisenstraße 41, 10117 Berlin
Tel. 030/ 278 902-12, Fax: -15
E-Mail: kolbe@franchiseverband.com
Internet: <http://www.franchiseverband.com>